

Anfrage - Nr. StVV - AF 9/2023 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09.02.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Wohngeld-Plus-Gesetz (GRÜNE PP)

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz ist ab 01.01.2023 eine Wohngeldreform zur Unterstützung von Haushalten mit wenig Einkommen in Kraft getreten. Durch diese Reform ist mit einer Verdreifachung der leistungsberechtigten Haushalte zu rechnen.

Um die Stellenbedarfe den Veränderungen anzupassen, hat der Personal- und Organisationsausschuss in seiner Sitzung am 21.09.2022 einen unbefristeten überplanmäßigen Bedarf von 8,0 Stellen für Sachbearbeiter*innen im Abschnitt Wohngeld anerkannt. Zusätzlich wurden in einer Vorab-Anerkennung weitere überplanmäßige Bedarfe in einer zwischen dem Dezernat V (Sozialamt) und dem Dezernat I (Magistratskanzlei) abzustimmenden Größenordnung beschlossen, die dann unverzüglich nach Feststehen der Reformbedingungen abzuleiten sei.

Wir fragen den Magistrat

1. Wie viele der 8,0 Stellen für Sachbearbeiter*innen im Abschnitt Wohngeld konnten bereits besetzt werden?
2. Ist bereits eine Abstimmung über weitere überplanmäßige Bedarfe zwischen dem Dezernat V (Sozialamt) und dem Dezernat I (Magistratskanzlei), gemäß der Beschlussfassung des Personal- und Organisationsausschusses, erfolgt?
Wenn Ja: Welchen Inhalt hat die Abstimmung?
3. Wie viele Anträge auf Wohngeld sind bisher im Rahmen des Wohngeld-Plus-Gesetzes gestellt worden?
4. Gibt es insgesamt Rückstände bei der Bearbeitung von Wohngeldanträgen?
Wenn Ja: Wie viele Anträge konnten insgesamt bisher nicht bearbeitet werden?

Petra Coordes
und Fraktion DIE GRÜNEN PP